



**AMT DER
TIROLER LANDESREGIERUNG**
Präsidialabteilung II/EU-Recht

Präs. II/EU-Recht-1447/6

An das
Bundesministerium für Finanzen
Himmelpfortgasse 4 - 8
Postfach 2
1015 Wien

A-6020 Innsbruck
Eduard-Wallnöfer-Platz 3

Tel.: (0512) 508
Klappe: 2208

Fax: (0512) 508-2185
Sachbearbeiter: Dr. Biechl
DVR: 0059463

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen

RECHTSGESETZENTWURF	Innsbruck, 22.08.1996
23	56 - 00/10 Pf
Datum:	5. SEP. 1996
Vorname:	6.9.96 v. Dr. Klaus grob

Betreff: Bundesgesetz über die Novellierung des Pensionskassengesetzes und des Einkommensteuergesetzes;
Stellungnahme

Zu GZ 23 3700/32-V/14/96 vom 16. Juli 1996

Bereits in der Stellungnahme zum Entwurf eines Pensionskassengesetzes (Stellungnahme der Landesregierung vom 15.9.1989, Präs. II-1447/2) wurde das vorgesehene System einer betrieblichen und überbetrieblichen Altersvorsorge durch Schaffung von Pensionskassen kritisch beurteilt. Die in sechs Jahren gesammelten Erfahrungen haben die damals aufgezeigten Schwächen des Systems bestätigt, weshalb nunmehr die seinerzeit strengen Regelungen liberalisiert werden sollen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold
Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

